

Konzertierte Aktion – ein vergessenes Instrument der Wirtschaftspolitik

von Dr. Bernd Ziegler

Am 14. Februar 2017 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Gründungstag der Konzertierte Aktion. Dieses Ereignis ist untrennbar verbunden mit dem Namen des damaligen Wirtschaftsministers, Prof. Dr. Karl Schiller (SPD). Er wurde im Jahre 1947 Ordinarius für VWL an der Universität Hamburg, arbeitete dann einige Zeit (1948-1953) als Wirtschaftssenator für die Freie und Hansestadt Hamburg. Danach kehrte Karl Schiller an die Universität Hamburg zurück, 1956 wurde er zum Rektor gewählt. Von 1961 bis 1965 folgte Schiller einem Ruf als Wirtschaftssenator nach West-Berlin. Mit der Bildung der ersten Großen Koalition (1966-1969) wurde er Wirtschaftsminister in Bonn. Legendär wurde seine Zusammenarbeit mit dem Finanzminister Franz Josef Strauß (CSU), in der Öffentlichkeit wurde das Duo nach Wilhelm Buschs Hundepaar „Plisch und Plum“ benannt. Das Amt des Wirtschaftsministers behielt Schiller auch in der sozialliberalen Koalition, die von 1969 an unter Bundeskanzler Willy Brandt die Regierungsgeschäfte führte. Im Jahre 1971 übernahm er zusätzlich das Bundesministerium der Finanzen und wurde zum „Superminister“. Nach Streitigkeiten mit seiner Partei über den weiteren wirt-

schafts- und finanzpolitischen Kurs – Zitat: „Genossen, lasst die Tassen im Schrank“ – trat Karl Schiller 1972 von seinen Ämtern zurück. Nachfolger wurde Helmut Schmidt.

Mit dem Amtsantritt Karl Schillers trat ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel ein. Die Rezession 1966/67 sollte mit dem Instrument der Globalsteuerung bekämpft werden, dessen Grundlagen auf den englischen Ökonomen John Maynard Keynes zurückgeht. Im Mittelpunkt stand die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, um Beschäftigung und Einkommen zu steigern. Zur Vorbereitung dieser neuen Wirtschaftspolitik trafen sich am 14.02.1967 auf Initiative und Einladung des Wirtschaftsministers Vertreter der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften, der Bundesbank, der Bundesregierung und des Sachverständigenrates. Gemeinsam wurde diskutiert, wie die erste größere Rezession im Nachkriegsdeutschland, die zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte, erfolgreich bekämpft werden könnte. Es handelte sich dabei um informelle Gespräche, die den Austausch der Positionen zum Inhalt hatten.



1956 wurde Karl Schiller zum Rektor der Universität Hamburg gewählt. Quelle: UHH/Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte

insbesondere Fiskal- und Geldpolitik, sowie Ordnungspolitik, die Lenkung der Wirtschaft über Markt und Wettbewerb, sollten miteinander verbunden werden – in den Worten Karl Schillers: „eine Symbiose von Freiburger

Sollte das vergessene Instrument der Wirtschaftspolitik „Konzertierte Aktion“ reanimiert werden?

Ein Ergebnis dieser Gespräche war die Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft am 8. Juni 1967 (vereinfacht: Stabilitätsgesetz). In § 1 dieses Gesetzes wurden erstmalig die Ziele der Wirtschaftspolitik kodifiziert: hoher Beschäftigungsstand, stabiles Preisniveau, stetiges und angemessenes Wachstum sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Werden alle Ziele gleichzeitig erreicht, spricht das Gesetz von einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht. Das gleichzeitige Erreichen von allen vier Zielen ist aber ein Idealzustand, der in der Realität wegen auftretender Zielkonflikte, z.B. zwischen Vollbeschäftigung und Inflation, kaum zu verwirklichen sein wird; daher die Metapher vom „magischen Viereck“. Die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sollten ferner im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung erfolgen. Prozesspolitik,

Imperativ und Keynesianischer Botschaft“.

In § 3 des Stabilitätsgesetzes taucht auch der Begriff „Konzertierte Aktion“ auf. Danach soll die Bundesregierung im Falle der Gefährdung eines der vier Ziele Orientierungsdaten für ein gleichzeitig aufeinander abgestimmtes Verhalten (Konzertierte Aktion) von Bund, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zur Verfügung stellen.

Letztlich gelang es mit Hilfe der Konzertierte Aktion die Rezession 1966/67 zu überwinden. Allerdings tauchten schon die ersten Kritikpunkte auf. Die Gewerkschaften befürchteten, dass die Regierung ihnen die Autonomie über ihre Lohnpolitik nehmen würde. Sie wären quasi in der Pflicht, den in den Orientierungsdaten formulierten Lohnveränderungen zuzustimmen, um nicht die gesamtwirtschaftlichen Ziele zu gefährden und in der Öffentlichkeit als

Dr. Bernd Ziegler

Dr. Bernd Ziegler, Studium der Volkswirtschaftslehre an der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt; Promotion zum Dr. rer. pol. Universität Hamburg (1978); seit 1972 zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter, danach Dozent für VWL und Statistik an der



Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg; ab 2005 in gleicher Funktion an der Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Sozialökonomie; Lehraufträge am Euro Business College (EBC), der Internationalen Berufsakademie (iba), der International School of Management (IMS) und dem Edmund-Christiani-Seminar der Ärztekammer Schleswig-Holstein.

Forschungsschwerpunkte: Europäische Wirtschaftspolitik, Makroökonomie sowie Geschichte des ökonomischen Denkens.

Bis 2012 war Bernd Ziegler Mitglied des Redaktionsbeirats der Zeitschrift „Der Betriebswirt – Management in Wissenschaft und Praxis“.

Schuldige dazustehen. Umgekehrt hatten die Arbeitgeberverbände die Sorge, dass die vorgelegten Lohnsteigerungen zu hoch ausfallen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen würden. Die in den Tarifverhandlungen ausgehandelten Lohnsteigerungen entfernten sich immer mehr von den von der Regierung vorgeschlagenen Orientierungspunkten. Die Rolle der Konzentrierten Aktion reduzierte sich im Laufe der Zeit auf ein Gremium, in dem lediglich Meinungen

ausgetauscht wurden. Konkrete Folgen für die aktuelle Wirtschaftspolitik blieben weitgehend aus.

Als mehrere Arbeitgeberverbände Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 erhoben, stellten die Gewerkschaften ihre Teilnahme zunächst ein und beendigten dann ihre Mitgliedschaft. Das war das Ende der Konzentrierten Aktion. In der Rot-Grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde 1999 der Versuch unternommen, die Konzentrierte

Aktion unter dem neuen Namen „Bündnis für Arbeit“ wiederzubeleben. Der Ansatz scheiterte letztlich im Frühjahr 2003 endgültig.

Zum fünfzigsten Jahrestag der Konzentrierten Aktion sollte aber dennoch die Frage gestellt werden, ob es nicht Sinn macht, dieses vergessene Instrument der Wirtschaftspolitik zu reanimieren. Halten wir es mit dem weisen Spruch: „Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“.